

SWR2 Wissen Spezial

Was uns die Corona-Krise lehrt

Deutschland, deine Regeln (11/11)

Von Gábor Paál und Dirk Asendorpf

Sendung vom: Samstag, 25. September 2021, 8:30 Uhr

Redaktion: Gábor Paál

Regie: Autorenproduktion

Produktion: SWR 2021

In der Corona-Krise musste die Politik zwischen Gesundheitsschutz, Wirtschaftskraft und gesellschaftlichem Zusammenhalt neue ethische Abwägungen treffen. Hat die Krise unseren Umgang mit Regeln verändert?

SWR2 Wissen Spezial können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

SWR-Spezial-Ansage mit Titel

Deutschland, deine Regeln – Was uns die Corona-Krise lehrt.

Gabor:

In zehn Folgen haben wir uns in SWR2 Wissen-Spezial mit Deutschland und seinen Regeln befasst – in der Verwaltung, auf dem Arbeitsmarkt, im Baurecht, in der Bildung, beim Datenschutz, im Alltagsleben. Oft haben wir dabei von unlogischen und widersprüchlichen Vorschriften, bürokratischen Hürdenläufen, nervigem Papierkrieg gehört. In diesen ersten zehn Folgen haben wir Corona und all die Regeln, die die Pandemie ausgelöst hat, weitgehend ausgeklammert, denn das ist nochmal ein Thema für sich.

Deshalb hatten wir es schon bei der Erstaussstrahlung im vergangenen Jahr das SWR2 Wissen Spezial – quasi als Zugabe – um eine 11. Folge ergänzt. Doch seitdem hat sich wieder so viel getan, dass wir diese 11. Folge vor ein paar Tagen ganz neu aufgezeichnet haben. Ich bin Gábor Paál, aber recherchiert hat das Ganze im wesentlichen mein Kollege Dirk Asendorpf.

Dirk:

Corona hat die deutsche Regelkultur ganz besonders herausgefordert. Vieles was vorher normal war, galt plötzlich nicht mehr. In Windeseile wurden Verfügungen erlassen, Gesetze geändert, Bußgelder verhängt. Und Grundrechte eingeschränkt: Versammlungs-, Religions- und Berufsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Freizügigkeit, freie Entfaltung der Persönlichkeit. Wir wollen uns jetzt mal anschauen, wie das im Detail eigentlich lief, wie und wann Regeln verschärft und gelockert wurden, welche Logik dem jeweils zu Grunde lag – und auch die Frage stellen: Hat sich durch Corona an unserem Umgang mit Regeln grundlegend etwas geändert?

Gabor:

Ich würde gerne bei den Corona-Regeln mehrere Phasen unterscheiden. Phase 1 beginnt in Deutschland kurz nach Neujahr.

O-Ton 1:

China-Bericht (kurz)

Dirk:

Das war am 7. Januar. Das Virus war in der Welt, und die Politik musste überhaupt erstmal verstehen, was da passiert. Doch dann ging es Schlag auf Schlag:

O-Ton 2:

Atmo Nachrichtengong o.ä., darüber:

Sprecherin:

28. Januar:

Sprecher:

Erster Corona-Fall in Deutschland

Sprecherin:

8. März:

Sprecher:

Erstes deutsches Todesopfer

Sprecherin:

10. März:

Sprecher:

Bayern verbietet Großveranstaltungen

Sprecherin:

13. März:

Sprecher:

In fast allen Bundesländern schließen Schulen und Kitas

Sprecherin:

16. März:

Sprecher:

Grenzen und Geschäfte sind weitgehend dicht, Bayern ruft den Katastrophenfall aus

Sprecherin:

17. März:

Sprecher:

Deutschland holt Staatsbürger aus dem Ausland zurück

Sprecherin:

18. März:

Sprecher:

Die Bundeskanzlerin spricht.

O-Ton 3:

Fernsehansprache Angela Merkel

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, das Coronavirus verändert zurzeit das Leben in unserem Land dramatisch. Unsere Vorstellung von Normalität, von öffentlichem Leben, von sozialem Miteinander – all das wird auf die Probe gestellt wie nie zuvor...

Gabor:

Merkel blieb – auf ihre unnachahmliche Art, ernst, aber sachlich.

O-Ton 4:

Fernsehansprache Angela Merkel

Nicht in Panik verfallen, aber auch nicht einen Moment denken, auf ihn oder sie komme es doch nicht wirklich an. Niemand ist verzichtbar. Alle zählen, es braucht unser aller Anstrengung. Und das müssen wirklich alle begreifen: Im Moment ist nur Abstand Ausdruck von Fürsorge.

Dirk:

Ganz anders damals die Töne aus Bayern.

O-Ton 5 (Markus Söder am 16.03.20):

Wir rufen den Katastrophenfall aus. Wir rufen ihn gesamt aus für Bayern. Der Vorteil ist: Umfangreiche Möglichkeiten für die Behörden. Klare Steuerung, Eingriffs- und Durchgriffsmöglichkeiten. Alles muss in eine Richtung laufen, in einer gemeinsamen koordinierten Form.

Gabor:

Der Katastrophenfall und ein Ministerpräsident, der sich in der Rolle des Machers gefällt. Als erstes Bundesland erließ Bayern scharfe Ausgangsbeschränkungen. Die Stimmung in der Bevölkerung hatte Markus Söder damit offenbar richtig eingeschätzt. Im Ranking der beliebtesten Politiker machte er einen Sprung nach vorne auf Platz zwei, direkt hinter Angela Merkel. Aber: In dieser Zeit gibt es noch keine Corona-Tests geschweige denn Impfungen, es gibt keine Masken zu kaufen, und sie gelten zudem auch noch als umstritten. Das heißt, einziges Instrument zu der Zeit sind Kontaktverbote.

Dirk:

Und diese Kontaktverbote sind in der Bevölkerung zunächst auf eine überraschend große Zustimmung gestoßen. In der Krise wächst der Wunsch nach einem starken Staat. Diese Schlussfolgerung haben die Statistikerin Annelies Blom und ihr Team aus den Daten der sogenannten Mannheimer Corona-Studie gezogen.

O-Ton 6 (Annelies Blom):

Wir sehen, dass die Unterstützung der doch sehr strengen Maßnahmen und der sehr starken Einschränkungen unserer Freiheiten große Unterstützung gefunden hat am Anfang der Krise. Es scheint schon so zu sein, dass die Menschen klare Anweisungen haben möchten, wie sie sich denn jetzt verhalten sollen in dieser doch sehr unsicheren Zeit.

Dirk:

Annelies Blom kann sich auf repräsentative Befragungen stützen, in denen vom 20. März bis zum 10. Juli täglich nach der Akzeptanz der Lockdown-Maßnahmen und ihrer Folgen gefragt wurde. Zu Beginn des ersten Lockdowns, Ende März 2020, befürworteten demnach über 80 Prozent der Bevölkerung die Veranstaltungsverbote, die Schließung der Grenzen und öffentlichen Einrichtungen. Über 50 Prozent waren sogar für eine allgemeine Ausgangssperre – obwohl die in Deutschland gar nicht zur Debatte stand, auch nicht in Bayern.

Gabor:

Wegen einer Pandemie das öffentliche Leben einzuschränken, war kein plötzlicher Einfall der Regierung – im Infektionsschutzgesetz war das für einen solchen Fall schon lange vorgesehen. Allerdings sind Bundesregierung und Kanzlerin für den Infektionsschutz in Deutschland kaum zuständig, die gesetzliche Verantwortung liegt vor allem bei den lokalen Gesundheitsbehörden. Das war die erste und wichtigste Gesetzesänderung 2020: Am 28. März nahm der Bundestag die sogenannte „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ in das Infektionsschutzgesetz neu auf und ermächtigte damit den Bundesgesundheitsminister, ohne Zustimmung des Parlaments zum Beispiel Quarantänemaßnahmen zu verhängen, Arzneimittel zu rationieren oder Pflegepersonal zwangszuverpflichten. Das war am Anfang auch noch akzeptiert – wann und wodurch ist das gekippt?

Dirk:

Das lässt sich mit den Daten der Mannheimer Studie gar nicht so genau sagen. Denn anders als man vielleicht erwarten sollte, spielten politische Einstellungen, Bildungsgrad oder die Parteienpräferenz der Befragten gar keine Rolle bei der Frage, ob ein harter Staat eher akzeptiert oder nicht akzeptiert wird. Entscheidend war offenbar allein die persönliche Angst. Und die begann schon kurz nach Beginn des ersten Lockdowns stark zu schwanken. Annelies Blom zieht daraus eine eher bedrückende Schlussfolgerung.

O-Ton 7 Annelies Blom:

Wir sehen, dass die Bevölkerung tatsächlich täglich ihre Einstellungen auch zu den Befugnissen der Regierung ändern kann. Und das ist eigentlich ein Bereich, in dem wir erwartet hätten vor der Krise, dass diese Einstellungen viel viel stabiler sind. Meine Vermutung ist, dass diese Annahme der gefestigten Demokratiebildung in der Gesellschaft, dass diese Annahme überzogen ist. Und dass das tatsächlich sehr schnell sich ändern kann. Und dass wir diese Möglichkeit der schnellen Änderung leider momentan tatsächlich beobachten.

Gabor:

Am Anfang war das ja auch so eine Phase der Polarisierung, man fand die Maßnahmen ganz pauschal entweder gut oder schlecht. Heute gibt es da ja viel mehr Differenzierung. Also es gibt Leute, die finden die Verbote von Großveranstaltungen richtig, aber Ausgehverbote falsch. Aber am Anfang gab es eigentlich in der Wahrnehmung nur dieses dafür oder dagegen: Also entweder man nahm Corona ernst, dann fand man die Einschränkungen richtig, oder eben nicht.

Dirk:

Wenn man mit Fachleuten für Gesetze und Gewaltenteilung spricht, dann geht es bei ihnen gar nicht in erster Linie um die Akzeptanz, sondern um die Frage der Verhältnismäßigkeit der Lockdown-Maßnahmen. Zum Beispiel Andreas Voßkuhle, damals noch Präsident des Bundesverfassungsgerichts:

O-Ton 8 Andreas Voßkuhle:

Man kann nicht einfach sagen: Jetzt ist Corona, und nichts geht mehr. Sondern man muss das im Einzelnen begründen. Es muss nachvollziehbar sein, es muss angemessen sein. Und, auch das ist ganz wichtig, dass das keine Maßnahmen sind, die jetzt auf unbestimmte Zeit angeordnet sind, sondern dass sie immer eine

konkrete Befristung enthalten, dass gezeigt wird, dass man immer wieder sich neu auf die Sachlage einstellt. Das ist also kein Selbstläufer.

Dirk:

Ob Grundrechtseinschränkungen verhältnismäßig sind, hängt davon ab, ob sie legitim, geeignet, erforderlich und angemessen sind. Juristisch kann das allerdings nur beurteilt werden, wenn klar ist, was mit den strengen Regeln eigentlich genau erreicht werden soll. Doch das war zunächst gar nicht so klar. Sollte es um Tote gehen, um Krankenhauskapazitäten oder um die Funktionsfähigkeit von Gesundheitsämtern bei der Kontaktnachverfolgung? Alle Schulen eines Landkreises zu schließen, weil es viele Infektionen in einer Fleischfabrik gegeben hat, ist auf jeden Fall nicht verhältnismäßig. Denn für das Ziel, Infektionen zu verhindern, ist die Schulschließung in diesem Fall weder geeignet noch angemessen. In einem benachbarten Landkreis mit gleicher Inzidenz aber diffusem Infektionsgeschehen kann eine Schulschließung dagegen durchaus verhältnismäßig sein. Doch wenn man so differenziert, landet man schnell bei dem, was in der Öffentlichkeit oft als Flickenteppich kritisiert wurde: Die Regeln unterscheiden sich zwischen Bundesländern, Landkreisen, Stadtteilen und Wirtschaftssektoren. Buchhändler dürfen öffnen, Schreibwarenläden nicht. Darüber habe ich mit dem Verfassungsrechtler Oliver Lepsius gesprochen.

O-Ton 9 Oliver Lepsius:

Wenn Sie einheitlich entscheiden, entscheiden Sie nie verhältnismäßig. Das ist doch ganz klar. Also wenn wir einheitliche Sachen, einheitliche Regelungen machen, dann können wir nicht mehr reagieren auf Regionen und nicht mehr auf Situationen. Es ist dann eben alles überall gleich. Warum ist das denn besser? Das ist ja eine ganz interessante Wahrnehmung in der Bevölkerung, dass Differenzierung, also Ungleichheit, ungerecht ist. Das ist ganz tief verwurzelt. Wir haben das ja auch im Steuerrecht und in ganz anderen Debatten. Bitte keine Differenzierung, alle gleich behandeln. Und da übersehen die Bürgerinnen und Bürger, dass damit dann auch wiederum Ungerechtigkeiten verbunden sind. Wer pragmatisch handeln will, der muss auch sagen: Wir wollen uneinheitlich handeln. Und dafür ist der Föderalismus einfach eine sehr gute organisatorische Voraussetzung.

Gabor:

Vor- und Nachteile des Föderalismus – darauf kommen wir in diesem SWR2 Wissen noch zu sprechen. Aber was die Rechtmäßigkeit der Einschränkungen betrifft: Das haben ja im Zweifel die Gerichte entschieden. Und die mussten oft schnell reagieren. Schon Mitte Mai 2020 hatten sie in über 100 Eilentscheidungen zwar viele Einschränkungen für rechtlich in Ordnung befunden, aber durchaus einzelne Demonstrations- und Reiseverbote, die Schließung bestimmter Geschäfte oder die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Maske in einigen Bereichen wieder aufgehoben.

Dirk:

Denn anders als auf Querdenker-Demonstrationen gerne behauptet, hat die Gewaltenteilung auch in der Krise durchaus funktioniert – jedenfalls auf längere Sicht.

Gabor:

Im März 2020 sah es zunächst anders aus. Da hat der Bundestag beschlossen: Die Regierung darf ganz vieles im Alleingang regeln und tut das direkt in Abstimmung mit den Regierungschefs der Länder. In stundenlangen Bund-Länder-Konferenzen, einem Gremium, das unsere Verfassung überhaupt nicht vorsieht, wurden die Regeln festgelegt – und manchmal schon Stunden später von einzelnen Ministerpräsidenten wieder relativiert. Und die Opposition beschwerte sich, dass die höchste, direkt gewählte Instanz, nämlich der Bundestag, gar nicht einbezogen wurde.

Dirk:

In der dritten und härtesten Corona-Welle wurde das Scheitern der Bund-Länder-Konferenzen dann immer offensichtlicher – bis schließlich, im April 2021, die Bundesregierung und die Länder gesagt haben: Bitte, Bundestag, entscheide Du über alle weiteren Lockdownmaßnahmen. Das Ergebnis war die sogenannte Bundesnotbremse. Oliver Lepsius hat sich darüber gefreut.

O-Ton 10 Oliver Lepsius:

Die Ministerpräsidenten sagen, der Bundestag soll das beschließen. Die Kanzlerin sagt, der Bundestag soll das beschließen. Also die Exekutive sagt: Wir sind auch irgendwo mit unserem Latein und unseren Mitteln am Ende, wir brauchen das Parlament. Und das ist erst einmal ein sehr positiver Effekt. Es ist sozusagen eine Rückkehr zum eigentlich vorgesehenen normalen Funktionieren der Institutionen. Wir glauben, auf eine Krise muss man dann doch irgendwie durch etwas Besonderes reagieren. Und ich würde sagen: Nein, die Krise ist bewältigt, wenn wir sie mit Normalität bewältigen.

Gabor:

Und das ist ganz interessant für die Diskussion um Förderalismus und Einheitlichkeit. Die Bundesnotbremse hat den föderalistischen Flickenteppich bei den Coronamaßnahmen einerseits ausgehebelt, als sie einheitliche Regeln geschaffen hat, andererseits aber weitere Differenzierung ermöglicht. Denn die Bundesnotbremse sagte ja nicht: Bundesweit gibt es Ausgangssperren oder Ladenschließungen oder was auch immer, sondern es wurden nur die Kriterien vereinheitlicht: Bei einer Inzidenz von soundsoviel passiert dies oder jenes. Insofern blieb Deutschland ein Flickenteppich, aber immerhin nach einheitlichen Kriterien.

Dirk:

So ähnlich war es dann auch beim Impfen. Weil der Impfstoff so knapp war, gab es am Anfang kein gleiches Recht für alle. Die Impfverordnung – wieder kein Gesetz, sondern eine Verordnung des Bundesgesundheitsministers, zu der ihn der Bundestag ermächtigt hatte – also die Impfverordnung legte fest, wer mit „höchster Priorität“, wer mit „hoher“, „erhöhter“ oder gar keiner Priorität den Pieks bekommen darf. Auch dafür für die Akzeptanz groß, jedenfalls im Prinzip. Dass die besonders gefährdeten Pflege- und Altenheimbewohner, medizinisches Personal und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen zuerst dran kamen, hat niemand kritisiert. Umstritten war dann aber die Frage, ob zum Beispiel auch junge Lehrerinnen und Lehrer früher als andere ein Impfangebot bekommen sollen.

Gabor:

Apropos Impfangebot:

Auch so ein Wort, dass wir in der Coronazeit neu gelernt haben. Was die Politik damit sagen wollte: Jeder sollte, aber keiner muss sich impfen lassen. Und formal ist sie dabei ja auch so geblieben, aber nachdem die Impfkampagne ins Stocken geraten ist, kommt jetzt eben doch das, was oft als Impfpflicht durch die Hintertür bezeichnet wird, dass es immer weitere Einschränkungen für Ungeimpfte gibt, dass sie in bestimmten Fällen die Tests selber zahlen müssen, dass es in einigen Bundesländern auch 2G-Regeln gibt, also dass man in Restaurants ungeimpft gar nicht mehr reinkommt und so weiter. Ich bin gespannt, ob das am Ende doch noch dazu führt, dass wir irgendwann eine Impfquote von 80% erreichen – ich fürchte nicht.

Dirk:

Was beim Impfen auch deutlich wurde: Wie die Politik auf Expertinnen und Experten gehört hat – oder eben auch nicht. Also zum Beispiel bei der Frage der Impfpriorisierung hat der Deutsche Ethikrat eine große Rolle gespielt – vielleicht sogar eine größere als jemals bei früheren Fragen, zu denen er sich geäußert hat. Einen Konflikt gab es dagegen zwischen der Bundesregierung und der Ständigen Impfkommission. Die Stiko hat anfangs noch keine Impf-Empfehlung für Kinder und Jugendliche ausgesprochen, die Politik wollte aber eine. Das hat ein bisschen geknirscht. Trotzdem war es letztlich gut, dass wir in Deutschland Fachleute und Organisationen haben, die allen Anfeindungen zum Trotz ein klares wissenschaftliches Rückgrat gezeigt haben und dafür gesorgt haben, dass die Stimme der Wissenschaft auch in der Öffentlichkeit gehört wurde.

Insgesamt war die politische Rhetorik in Deutschland, vor allem auch die der Kanzlerin, dann aber doch ziemlich gemäßigt, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern. Schon in Frankreich schlug der Präsident einen ganz anderen Ton an:

O-Ton 11 Emmanuel Macron:

Nous sommes en guerre, en guerre sanitaire, certes. Nous luttons n'est contre une armée n'est contre une autre nation, mais l'ennemi est là, invisible, insaisissable, qui progresse et cela requiert notre mobilisation générale...

Dirk:

Wir sind im Krieg, erklärte Emmanuel Macron, der Feind unsichtbar, die Generalmobilmachung unabdingbar. Da sich ein Virus aber nicht von Kanonen beeindrucken lässt, folgten Macrons martialischer Rhetorik scharfe Ausgangsverbote. Wochenlang durften die Franzosen ihre Wohnung nur noch mit einem triftigen Grund verlassen, selbst der Besuch des getrennt lebenden Partners gehörte nicht dazu. Nochmal der Verfassungsrechtler Oliver Lepsius:

O-Ton 12 Oliver Lepsius:

In Frankreich ist es so:

Der Staatspräsident kann dann den Notstand ausrufen oder Ausnahmezustand, état d'urgence, und dann hat der ziemlich unbegrenzte Kompetenzen. Und das ist bei uns natürlich nicht so. Wenn man mehr Leute mitreden lässt, sozusagen die Bürger auch aktiv einbezieht, das ganze Wissen, was in der Öffentlichkeit vorhanden ist, nicht selektiv expertokratisch, sondern auch ein bisschen mehr in der Breite aufgreift, dann

kommt man zu besseren Entscheidungen. Und sei es auch nur, dass die Akzeptanz einfach steigt. Das ist ja auch ein Faktor, weil wenn das die Philosophen-Könige entscheiden, die alles besser wissen, dann ist die Erfahrung immer, dass die Akzeptanz nicht so hoch ist.

Dirk:

Weltweit fiel auf, dass vor allem die Machos unter den Staatenlenkern – von Donald Trump über Jair Bolsonaro bis zu Boris Johnson – sprunghaft und polarisierend auf die Pandemie reagierten. Die Folge: hohe Infektions- und Todesraten.

Gabor:

Im globalen Ranking, mit dem ein Forschungskonsortium unter Führung der John Hopkins Universität regelmäßig bewertet, wie gut einzelne Staaten auf den Ausbruch einer Pandemie vorbereitet sind, rangierte Deutschland in der Vergangenheit stets im Mittelfeld. Die Spitzenplätze besetzten mit Frankreich, Großbritannien und den USA ausgerechnet jene Länder, die in der Corona-Krise besonders viele Opfer zu beklagen haben. Das deutsche Zusammenspiel aus vielfältigen Regeln, dezentraler Umsetzung und viel öffentlicher Diskussion schien den Forschern für die Eindämmung einer Pandemie wenig geeignet, scheint tatsächlich aber besser zu funktionieren als es selbst viele von uns glauben.

Dirk:

Tatsächlich gibt es kein vergleichbares Land, das besser durch die Krise gekommen wäre als Deutschland. Zum Beispiel bei der Zahl von Corona-Toten pro 100.000 Einwohner. In Schweden hat das Virus 40 Prozent mehr Opfer gefordert, in Frankreich 70%, in Spanien 80, in Großbritannien 96%, in Belgien, Italien und den USA sogar mehr als doppelt so viele. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Übersterblichkeit. Und wenn die Corona-Todesfälle zusammen mit der Einschränkung des öffentlichen Lebens, dem Rückgang des Sozialprodukts und dem Impferfolg gemeinsam bewertet werden, steht Deutschland wiederum auf einem Spitzenplatz. Nur Dänemark, Taiwan, Neuseeland und die Schweiz sind noch besser durch die Krise gekommen.

Gabor:

Ok, Deutschland hat sich im internationalen Vergleich gut geschlagen. Trotzdem ist die Krise aber auch eine Lupe auf gesellschaftliche Probleme – im Bildungswesen, bei der Digitalisierung, bei der Gleichberechtigung...

Dirk:

Darüber habe ich mit Mareike Bünning gesprochen. Die Soziologin hat in einem Forschungsprojekt des Wissenschaftszentrums Berlin die Rollenteilung untersucht, die sich einspielt, wenn beide Eltern im Homeoffice arbeiten.

O-Ton 13 Mareike Bünning:

Auch in der Corona-Krise haben Frauen deutlich mehr Hausarbeit und Kinderbetreuung übernommen als Männer – insbesondere bei der Kinderbetreuung. Wir sind von der Realität her ja inzwischen durchaus weit entfernt vom Hausfrauenmodell, aber es ist immer noch in den Köpfen drin verankert, in den Strukturen drin verankert, dass wir das mal hatten und dass ganz klar es impliziert: Frauen sind immer noch zuständig für Kinderbetreuung und Hausarbeit.

Dirk:

Besonders deutlich habe sich das im Vergleich zu unseren nördlichen Nachbarländern gezeigt, sagt die Soziologin.

O-Ton 14 Mareike Bünning:

In Deutschland war der erste Impuls, die Schulen und die Kitas zu schließen. Und die skandinavischen Länder, da gab es den Grundkonsens, dass Schulen und Kitas solange wie möglich offen bleiben sollen. Da wurde einfach die Situation erwerbstätiger Eltern gleich mitgedacht. In Deutschland hatten wir zu Beginn der Pandemie einfach reflexhaft gesagt: Okay, die Kinder müssen dann halt zu Hause betreut werden. Diese traditionellen Denkmuster: Da wird schon irgendwie eine Mutter zuhause sein, die das wuppen kann, wurde einfach unhinterfragt so angenommen. Ich glaube, wenn mehr darüber nachgedacht worden wäre, hätte man auch gleich erkennen können, dass das so nicht funktioniert. Aber da war einfach noch ganz klar internalisiert: Irgendwer ist schon zuhause und kann das übernehmen.

Gabor:

Die Krise lässt Missstände offen zu Tage treten – sie motiviert aber auch zu längst überfälligen Veränderungen. Dass unser Land finanziell dazu in der Lage ist, hat sich deutlich gezeigt. Aufkommendem Protest ist die Regierung mit sehr viel Geld entgegengetreten. Oder, mit den Worten von Finanzminister Olaf Scholz, mit der Bazooka. Um Geld locker zu machen und die Wirtschaft zu unterstützen, wurden sehr viel mehr Gesetze verabschiedet als für Infektionsschutzmaßnahmen nötig waren. Schwarze Null, Schuldengrenze – alles was zuvor als alternativlos galt: außer Kraft gesetzt.

Dirk:

Der deutsche Staat hat bei den Corona-Regeln ein erstaunliches Tempo vorgelegt. Und wie steht es um die Veränderungsbereitschaft der Menschen? Die Soziologin Yasemin El-Menouar ist diesen Fragen in einer repräsentativen Befragung nachgegangen, die sie im November 2020 für die Bertelsmann-Stiftung organisiert hat.

O-Ton 15 Yasemin El-Menouar:

Ein ganz zentrales Ergebnis ist, dass trotz aller Unterschiede die Menschen ja doch sich darin einig sind, dass es einen gesellschaftlichen Wandel braucht. Dass sie vorher schon gespürt haben, irgendwas muss sich ändern, aber selber nicht den Mut und vielleicht auch nicht die Kraft hatten, aus dem Alltag auszubrechen. Und diese Entscheidung hat ihnen aber nun die Krise in gewisser Weise abgenommen. Und sie haben auch die Erfahrung gemacht, dass Veränderung auch möglich ist, auch wenn das jetzt nicht selbst herbeigeführt worden ist. Wir können sagen: Es gibt eine gewisse Form der Aufbruchsstimmung, die ja auch wichtig ist, um weitere gesellschaftliche Herausforderungen wie zum Beispiel dem Klimawandel, der uns noch bevorsteht, zu begegnen.

Dirk:

Hilft die Corona-Erfahrung also bei der Bewältigung künftiger Krisen? Diese Frage hat sich auch der Politikwissenschaftler Benjamin Nölting gestellt, mit seinem Team an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde, aber zu einer ganz

anderen Forschungsmethode gegriffen. Das sogenannte Logbuch der Veränderungen ist ein offenes Angebot im Internet. Während der Lockdowns und in der vergleichsweise entspannten Zwischenzeit im September 2020 konnte dort jede und jeder vollständig anonym Beobachtungen und Gedanken notieren. Zum Beispiel zum Thema Spaziergehen.

O-Ton 16 Benjamin Nölting:

Die Menschen sagen, sie gehen ganz bewusst spazieren, um ihren Tag zu strukturieren. Sie brauchen das, um frische Luft zu schnappen. Sie wollen mal aus der Wohnung raus. Dass man sich trifft mit Freunden und sich dann zum Spaziergehen verabredet, weil man sich drinnen nicht mehr treffen kann, dass man die Natur beobachtet, dass man viel öfter ins Umland fährt, statt zu verreisen. Und es haben sich, wenn man so will, dann auch neue Fähigkeiten entwickelt. Die Menschen haben gesagt, sie können länger spazieren, sie haben mehr Kraft, sie sind ausdauernder. Und dann gibt es ganz interessante Sachen, also dass sie sagen: Ich freue mich auf schlechtes Wetter, dann ist es nicht mehr so voll, und dann kann ich in Ruhe spazieren gehen. Oder dass sie sagen: Man geht sich jetzt bewusst aus dem Weg. Oder: Wir haben eine Geburtstagsfeier gemacht und sind da spazieren gegangen.

Dirk:

Natürlich sind Menschen auch schon früher draußen herumgelaufen. Doch in der Krise hat das Spaziergehen eine neue Qualität und einen neuen Sinn bekommen, Nölting spricht deshalb von einer neuen Praktik.

O-Ton 17 Benjamin Nölting:

Wir haben sehr viele neue Praktiken identifizieren können, so um die 30. Und was mich besonders erstaunt hat und beeindruckt hat, ist, dass die Menschen das ganz differenziert betrachtet haben und bewertet haben. Die haben also gesagt: Ich darf das und das und das nicht mehr machen. Also muss ich jetzt das und das machen, also z.B. Spaziergehen statt Verreisen oder ins Kino gehen. Und dann haben die gesagt: Das ist neu, das habe ich noch nie gemacht. Und da habe ich etwas entdeckt, wo ich mich neu und meine Umwelt neu entdecke. Vielleicht ist es auch eine Veränderungskompetenz, die die Menschen lernen.

Gabor:

Wenn eine Krise hautnah zu spüren ist, kann die Veränderungsbereitschaft offenbar sehr groß werden. Das würde ja Hoffnung machen für die Bewältigung kommender Krisen, vor allem wohl der Klimakrise. Denn auch die wird uns große Umstellungen abverlangen.

Dirk:

Wir Menschen sind halt soziale Wesen. Eine Situation, unter der alle gleichermaßen leiden, ertragen wir leichter als Einschränkungen, die nur wenige betreffen.

Gabor:

Deine Einschätzung:

In Deutschland ändern sich Gesetze und Regeln traditionell langsam. Wir brechen nicht gerne Dinge übers Knie. Wir haben in der Reihe auch schon gesehen, dass in

bestimmten Situationen die Politik zwar oft neue Gesetze ankündigt und anmahnt, das aber dann doch oft wieder nichts wird. Jetzt haben wir mit Corona erlebt, dass sich Regeln sehr schnell ändern, zum Teil unübersichtlich schnell – wird das bleiben – und sich z.B. auch in ganz anderen Bereichen bemerkbar machen?

Dirk:

Ich würde es da eher mit Oliver Lepsius halten: Die Krise ist dann bewältigt, wenn die normalen Regeln der Gewaltenteilung wieder funktionieren, wenn also die großen Fragen per Gesetz im Parlament geregelt werden, die Regierungen von Bund und Ländern über die Details entscheiden und die Städte und Gemeinden mit einer funktionierenden Verwaltung für ihre Umsetzung sorgen und den Alltag regeln. Für Corona kann man das jetzt, glaube ich, schon sagen: Niemand hatte solch eine Krise vorhergesehen, und doch haben Deutschlands Regeln recht gut bewährt. Was natürlich nicht heißt, dass das immer so sein wird. Zum Beispiel in der Klimakrise. Das wird ja oft verglichen, gerade auch von der Fridays for Future-Bewegung, die argumentiert: Wir haben in der Corona-Krise gezeigt, wie wir auf Krisen reagieren können, wenn es darauf ankommt, sowohl was Geld betrifft, das der Staat einsetzt, aber auch welche Einschränkungen als zumutbar angesehen werden. Und genauso konsequent müssten wir in der Klimakrise sein.

Gabor:

Das Problem ist natürlich. Der Klimawandel ist zwar langfristig gefährlicher, schon allein weil er nicht nach zwei Jahren überstanden ist, aber er kommt eben eher schleichend, er ist nicht plötzlich da wie ein tödliches Virus. Und er stellt für die meisten Menschen eben keine unmittelbare, sondern nur eine mittelbare Bedrohung statt. Es gibt keine einfachen Maßnahmen wie Maske oder Impfen, mit denen man sich schützen kann. Aber die Diskussion über diesen Vergleich ist spannend, und wirklich bemerkenswert war in dem Zusammenhang ja auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass die zaghafte deutsche Klimapolitik mit den Grundrechten nicht vereinbar ist. Das war eine Premiere, denn es wurde dabei auf die Rechte künftiger Generationen abgehoben. Insofern setzt da ein Umdenken ein in dem Sinn, dass es eben auch bei solchen mittelbaren Bedrohungen wie der Klimakrise einen rechtlichen Schutzanspruch der Bevölkerung gibt und nicht nur, wo es um unmittelbare Bedrohungen wie Mord, Verkehrsunfälle oder eben ein Virus geht.

Dirk:

Was uns die Corona-Krise lehrt. Das war in SWR2 Wissen Spezial die 11. und letzte Folge unserer Reihe Deutschland, deine Regeln von und mit Dirk Asendorpf.

Gabor:

Und Gabor Paal.

* * * * *